

Pressemitteilung

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen: BüFEP plant Bürgerentscheid

In seiner Mitgliederversammlung hat das Bündnis für soziale Energiepreise und gerechte Politik e.V. (BüFEP) die Anhörung im Stadtrat zum Einwohnerantrag „Gleiches Recht für alle Bürger“ analysiert. „Mit der Unterstützung von 1347 Bürgern haben wir den Stadtrat gezwungen, sich zum ersten mal mit der Geschäfts- und Preispolitik der Stadtwerke zu befassen“, stellen Wilhelm Zimmerlin, Gerd Cremer und Reinhard Nühlen vom Vorstand der BüFEP fest. Aber natürlich sind wir nicht damit zufrieden, dass sich die Stadtratsmehrheit von CDU, FDP und Grünen geweigert hat, dem Anliegen des Einwohnerantrages zu folgen, nämlich alle Bürger bei der Rückzahlung von unrechtmäßig einkassierten Strom- und Gasentgelten gleich zu behandeln. Leider haben sich auch die Oberbürgermeisterin und die SPD gegen den Einwohnerantrag gestellt. Beschämend finden wir, wie im Stadtrat gegen das Bürgervotum polemisiert wurde. Entlarvend war die Aussage der Grünen, dass man die Kuh (Stadtwerke) nicht schlachtet, die man weiter melken will. Wie bereits beim Postengeschacher wird auch hierbei deutlich, wie wenig sich solche Parteienvertreter um die Belange der Bürger scheren.

"Mit Sicherheit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen“, kündigt die BüFEP an. Wir werden jetzt prüfen, ob wir einen Bürgerentscheid auf den Weg bringen. 1347 Bürger haben für den Einwohnerantrag unterschrieben; warum sollten dann nicht 3000 Bürger für einen Bürgerentscheid auf der Grundlage von Paragraf 17a der Gemeindeordnung votieren. Mit einem Bürgerentscheid stimmen die Bürger anstelle des Stadtrates verbindlich darüber ab, ob die Stadtverantwortlichen den Willen der Bürger im Sinne des Einwohnerantrages zu befolgen haben oder nicht. Die Ablehnung des Stadtrates könnte auf diese Weise gekippt werden.

Im Hinblick auf die Oberbürgermeisterwahl teilte Wilhelm Zimmerlin mit, dass er für eine Kandidatur nicht zur Verfügung stehe. Die Mitglieder bedauern dies zwar, denn als parteiunabhängiger und ausgewiesener bürgerorientierter Oberbürgermeisterkandidat wäre der BüFEP-Vorsitzende eine echte Wahlalternative gewesen. Die Entscheidung sei jedoch zu respektieren. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern will Zimmerlin aber dafür kämpfen, mit einem möglichst guten Ergebnis in den Stadtrat einzuziehen. Die BüFEP werde dort dringend gebraucht, so die einhellige Überzeugung der Versammlung.